

Das GRÜNE in der Bürgerschaft

Aus dem Landtag vom 26. Februar 2014

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/pjp>

Hebammen – ein Berufsstand vor dem Aus?

Die Situation der freiberuflichen Hebammen ist schon seit Jahren prekär durch die bei fast gleichbleibend geringem Verdienst steigenden Versicherungsprämien. Der Stundenverdienst liegt bei kaum 8 Euro 50, ab Juli 2014 beträgt die Jahresprämie über 5.000 Euro. Hebammen haften bis zu 30 Jahre für mögliche Behandlungsfehler, Entschädigungen können viele Millionen betragen. Nun will die Nürnberger Versicherung aus dem Versicherungskonsortium aussteigen. Es wird befürchtet, dass ab Sommer 2015 keine Versicherung mehr bereit ist, Schäden in dieser Höhe abzudecken. Weil die Hebammen jedoch nicht arbeiten dürfen, ohne versichert zu sein, droht der Berufsstand vor dem Aus zu stehen.



Doris Hoch, frauen- und gesundheitspolitische Sprecherin, weist darauf hin, dass schon jetzt immer mehr freiberufliche Hebammen aufgeben; in Bremerhaven wurde im Jahr 2013 das Geburtshaus geschlossen, außerklinische Geburten sind dort nicht mehr möglich. Die Grünen fordern den Erhalt des Berufs der

freiberuflichen Hebamme nicht nur den Hebammen zu Liebe. Es gilt, die natürlichen Geburten zu fördern und dem Anstieg an Kaiserschnittgeburten gegenzusteuern. Und: Die Frauen müssen entscheiden können, wo sie ihr Kind zur Welt bringen. Für eine angemessene Vergütung und die Versicherungsproblematik sind nun politische Lösungen gefordert.

Hebel gegen Intensivtierhaltung nutzen

Die Massen- oder auch Intensivtierhaltung gerät im stärker in die öffentliche Kritik. Hierbei geht es nicht nur um den Tierschutz, sondern auch um die Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt, die von den großen Zucht- und Mastanlagen ausgehen. Gibt es in Bremen und Bremerhaven selbst keine solchen Anlagen, können die beiden Städte aber von Betriebsansiedlungen im niedersächsischen Umland betroffen sein. Mit der Neufassung des Baugesetzbuchs haben Kommunen mehr Einfluss bei Errichtung und Ausbau von Intensivtierhaltungsanlagen. Ein heute beschlossener Koalitionsantrag fordert den Senat auf, die Ansiedlung und Überprüfung von dieser Anlagen mit in die „Gemeinsame Landesplanung Bremen/Niedersachsen“ aufzunehmen und sich u.a. dafür einzusetzen, dass alle diesbezüglichen Privilegien im Baurecht abgeschafft werden.



Für Jan Saffe, für Verbraucherschutz zuständig, war auch der Bericht des Untersuchungsausschusses „Krankenhauskeime“ Auslöser für eine Forderung im Antrag. Denn dort wird ein breiter Verzicht auf Lebensmittel aus Massentierhaltung angeregt, weil die massen-

Was noch?

Aus der Fragestunde:

Die Ermittlungen gegen den Ex-Bundestagsabgeordneten Edathy beruhen auf der Kundenliste einer kanadischen Firma, die im Internet Filme und Fotos mit teils kinderpornografischem Inhalt vertrieben hatte. Auf die Frage des Innenpolitikers Björn Fecker teilte der Senat mit, dass in der Sache in Bremen gegen drei Personen ermittelt wird.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

hafte Verabreichung von Antibiotika bei den Tieren dazu führt, dass am Ende der Nahrungskette die Medikamente beim Menschen nicht mehr wirken. Um dies einzudämmen, sollen Verschreibung und Verkauf von Antibiotika durch denselben Tierarzt entkoppelt werden.

Polizei und Gewalt

Die Ausübung von Gewalt gegen PolizistInnen nimmt zu. Gleichermaßen werden immer wieder Vorwürfe gegen die Polizei erhoben, in ihrer Dienstausübung unverhältnismäßig Gewalt anzuwenden. Besonders PolizeibeamtInnen repräsentieren das staatliche Gewaltmonopol, das eine kann das andere nicht entschuldigen. Mit einer Großen Anfrage gingen die Koalitionsfraktionen von SPD und Grünen dem Umgang der Polizei mit Gewalt – gegen sie und durch sie – nach und fragten etwa nach Fortbildungsmaßnahmen und Beratungsangeboten wie auch nach strukturellen Maßnahmen und Angeboten innerhalb der Polizei.



Der innenpolitische Sprecher Björn Fecker zu den beiden Geweltaspekten: Zu den Aufgaben der Polizei gehört auch die Durchsetzung des geltenden Rechts. Die Große Anfrage zeigt deutlich, dass die BeamtInnen bei ihrem Handeln nicht immer nur auf Verständnis

stoßen. Wer bei der Polizei arbeitet muss offensichtlich damit rechnen, dass ihm oder ihr Respektlosigkeit, Hass und Gewalt entgegenschlagen. Dies kann im Alltäglichen, beispielsweise bei einer Fahrzeugkontrolle oder bei großen Einsätzen wie bei Demonstrationen oder Fußballspielen sein. Hier gilt es, den bestmöglichen Schutz der BeamtInnen zu gewährleisten. Angriffe gegen Polizeibeamte dürfen nicht bagatellisiert werden und sie müssen durch die Justiz im Rahmen der Gesetze rasch und konsequent verfolgt werden.

Die Polizei übt in unserem Rechtsstaat das Gewaltmonopol aus. Und gerade weil sie das tut, muss sie sich auch der besonderen Kontrolle u.a. des Parlaments stellen. Es ist die Aufgabe der gewählten Mitglieder der Bürgerschaft, staatliches Handeln zu kontrollieren. Und deswegen sind Fragen nach der Einsatztaktik, nach der Strategie und nach einzelnen Fällen nicht nur nicht verboten, sondern sie sind notwendig. Diesen Anspruch hat die Grüne Bürgerschaftsfraktion. Wer diese Kontrolle aber mit Misstrauen gleichsetzt, der verkennt den Aufbau unseres Gemeinwesens.

Es ist notwendig die Frage zu stellen, in welcher Form gegen PolizeibeamtInnen ermittelt wird, wenn eine Anzeige erstattet wird. Um die Polizei in ihrer besonderen Rolle zu schützen, muss es ein klares, transparentes und unabhängiges Verfahren geben. Dies ist in Bremen nach Ansicht des Senats gewährleistet. Andere Bundesländer gehen andere Wege, beispielsweise durch die Etablierung eines externen, beim Parlament angesiedelten Polizeibeauftragten. Es schadet sicherlich nicht, sich diese Entwicklung noch einmal genauer anzusehen.

In jedem Fall muss jeder Bürger die Chance haben, sich gegen staatliches Handeln, nicht nur der Polizei, gerichtlich zur Wehr zu setzen.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de